



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Eberhard Rotter, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Robert Brannekämper, Alexander Flierl, Christine Haderthauer, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Anton Kreitmair, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Dr. Harald Schwartz, Klaus Stöttner, Peter Tomaschko, Joachim Unterländer, Manuel Westphal, Georg Winter, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU)**

EU-Road Package – keine neue Belastung für den Mittelstand!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, die im Rahmen des EU-Road Package beabsichtigte verbindliche Ausdehnung der streckenbezogenen Lkw-Maut auf Fahrzeuge unter 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht sowie die mittelfristig angestrebte Ausdehnung auf den Bereich unter 3,5 Tonnen entschieden abzulehnen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten in Hinblick auf leichtere und mittelschwere Fahrzeuge weiterhin Wahloptionen hinsichtlich Umfang und Struktur ihrer Mautsysteme in eigener Zuständigkeit wahrnehmen können.

Begründung:

Das von der Europäischen Kommission im Sommer 2017 vorgelegte EU-Road Package beinhaltet u. a. Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Regelungen zu Mautsystemen. Der Entwurf gibt den Mitgliedstaaten keine Wahloptionen mehr für die Befreiung von leichteren und mittelschweren Fahrzeugen von der Lkw-Maut. Die Vorschläge sehen eine verbindliche Ausdehnung der streckenbezogenen Lkw-Maut auf Fahrzeuge unter 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht und eine mittelfristige Ausdehnung auf den Bereich unter 3,5 Tonnen vor.

Im Gewichtsbereich leichter und mittelschwerer Fahrzeuge dominieren in Deutschland Nutzfahrzeuge mittelständischer Betriebe. Die Ausweitung der Lkw-Maut würde für die mittelständischen Betriebe eine überproportionale Kostenbelastung darstellen, obwohl diese ihre Nutzfahrzeuge überwiegend auf regionalen Kurzstrecken einsetzen.